

## Die kleinräumige Struktur sozialräumlicher Individualisierung in deutschen Großstädten

Güleş, Antje; Sturm, Gabriele

Postprint / Postprint

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Güleş, A., & Sturm, G. (2014). Die kleinräumige Struktur sozialräumlicher Individualisierung in deutschen Großstädten. In P. A. Berger, C. Keller, A. Klärner, & R. Neef (Hrsg.), *Urbane Ungleichheiten: neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie* (S. 65-87). Wiesbaden: Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-01014-0\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-658-01014-0_4)

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

# **Die kleinräumige Struktur sozialräumlicher Individualisierung in deutschen Großstädten**

*Antje Güleş / Gabriele Sturm*

Eine zentrale Komponente der Modernisierung moderner Gesellschaften ist die der Individualisierung. Damit wird einerseits die Befreiung der Menschen aus der Fremd- hin zur Selbstbestimmung gekennzeichnet, was in einer aufgeklärten Gesellschaft als erstrebenswertes Ziel gilt. Andererseits geht der derzeitige Individualisierungsprozess mit einer zunehmenden Vereinzelung der Menschen einher: Die Auflösung von familiären Bindungen und Verpflichtungen wie die Auflösung des vor 50 Jahren noch üblichen Normalarbeitsverhältnisses erlauben mehr Entscheidungsfreiheit – erfordern aber auch entsprechende Fähigkeiten sowie hohe Mobilität und führen zu wachsender Unsicherheit. Der zunehmende Zwang zur reflexiven Lebensführung (Ulrich Beck, Anthony Giddens, Richard Sennett) hat unter anderem eine Pluralisierung der Lebensstile hervorgebracht. Für diese bieten sich seit jeher große Städte als Experimentierfeld an. Die Lebenschancen, die viele Menschen in Städten erhoffen, sind jedoch wie die Risiken nicht gleich verteilt.

Die gegenwärtigen Unsicherheiten gründen in Mitteleuropa insbesondere auf den veränderten Erwerbsarbeitsbedingungen der postindustriellen, globalisierten Gesellschaft. Staatliche Arbeitsmarktpolitik hat in Deutschland den ambivalenten Modernisierungsprozess deutlich beschleunigt. So erlebt Deutschland einerseits gegen den europäischen Trend ein sogenanntes Jobwunder mit einer nach wie vor steigenden Erwerbsbeteiligung, andererseits stagniert die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und die Zahl der befristeten Arbeitsverträge ist gestiegen. Die Arbeitsmarkt-Individualisierung geht für die Individuen mit gestiegenen Flexibilisierungs- und Leistungsanforderungen einher. Während Schnelligkeit, Risikobereitschaft und Mobilität an Bedeutung gewinnen, verlieren traditionelle Wertvorstellungen und Tugenden die ihre. Für alltägliche Wohn- und Lebensformen führt dieser Prozess unter anderem zu zunehmender Singularisierung in Einpersonenhaushalten und zu einer Individualisierung des Armutsrisikos.

Wie bilden sich diese Prozesse nun in Großstädten aus? Seit rund zehn Jahren weisen Großstädte im Durchschnitt Bevölkerungsgewinne auf – gegen den allgemeinen Trend einer abnehmenden Bevölkerungszahl in Deutschland.

Die Mobilität in Form von innerstädtischen Umzügen wie von über die Stadtgrenzen reichenden Wanderungen ist hoch: Zum Beispiel tauschen Innenstadtquartiere rein statistisch alle sechs Jahre ihre Bevölkerung aus. Trotz reger Bautätigkeit in Baulücken und auf Brachflächen sind Wohnungen knapp und verteuern sich entsprechend. Um Steueraufkommen und Kaufkraft in der Stadt zu halten, werden städtebauliche Sanierungs- und Aufwertungsprogramme initiiert. Zugleich sollen andere Programme verhindern, dass sozialräumliche Konzentration und Polarisierung entsteht oder zu groß werden. Um seitens Verwaltung und Politik mit Planung steuernd eingreifen zu können, bedarf es grundlegenden Wissens um die Situation in den verschiedenen Stadtgebieten (siehe auch BBSR 2012 e). Dazu führen die kommunalen Statistikstellen laufende kleinräumige Statistiken, die aus ihren Registern gespeist werden. 50 Städte stellen jährlich einen Teil ihrer kleinräumigen Daten in den Datenkatalog „Innerstädtische Raumbeobachtung“ ein.

Diese nutzend soll im Folgenden zunächst beschrieben werden, wie sich im Jahr 2010 Individualisierung in Bezug auf die Struktur privater Haushalte kleinräumig materialisierte. Weiterhin interessiert uns, in welchem Maß Individualisierung und Armut bzw. Armutsgefährdung mit einer räumlichen Konzentration bzw. Polarisierung einhergehen. Bei unserer Betrachtung beschränken wir uns auf vier Variablen: Einpersonenhaushalte, Haushalte Alleinerziehender, SGB-II-abhängige Haushalte und SGB-II-abhängige Haushalte Alleinerziehender. Vorgestellt werden neben den Verteilungen dieser Haushalte auf innerstädtische Wohnlagen auch deren residenzielle Segregation, um auf mögliche Risiken solch individualisierter Wohnformen hinzuweisen.

## **1. Datengrundlage: Innerstädtische Raumbeobachtung – IRB**

Die IRB ist ein Datenkatalog mit kleinräumigen Daten unterhalb der Gemeindeebene. Die teilnehmenden Städte stellen ihre kommunalen Statistiken in einem gemeinsamen Pool zur Verfügung, den alle Beteiligte für vergleichende Analysen nutzen können. Sowohl dieser Katalog als auch das Städtenetzwerk werden IRB genannt. 2010 nahmen daran 50 Städte teil (Tab. 1). Seit dem Jahr 2002 wird die Zusammenstellung, Aufbereitung und Plausibilisierung der Daten vom BBSR in Kooperation mit den Städten durchgeführt. Das BBSR nutzt die kleinräumigen Daten zur Analyse von großstädtischen Strukturen und Stadtentwicklungsprozessen, die für bestimmte Regionen, Stadt- oder Lagetypen (Tab. 2) verallgemeinerbar sind.

**Tabelle 1** Die Städte der IRB im Erhebungsjahr 2010

regionale Einbettung Größenklasse 2010	Osten	Nord- westen	altindustri- alisiert gepräg- ter Westen	entlang des Rheins	Süden
Großstädte mit mehr als 490.000 E	(Berlin) Leipzig Dresden	Hamburg Bremen Hannover	Dortmund Essen Duisburg	Köln Frankfurt a.M. Düsseldorf	München Stuttgart Nürnberg
Großstädte mit mehr als 200.000 E	Chemnitz Halle Magdeburg Erfurt Rostock	Bielefeld Münster Aachen Kiel Lübeck	Bochum Wuppertal Krefeld Oberhausen	Bonn Wiesbaden	Mannheim Karlsruhe Augsburg Freiburg
Groß- und Mittelstädte mit weniger als 200.000 E	Potsdam Jena Weimar Frankfurt/O.		Saarbrücken Mülheim	Mainz Ludwigshafen Darmstadt Offenbach Koblenz	Heidelberg Regensburg Ingolstadt Konstanz

Quelle: Innerstädtische Raumbbeobachtung des BBSR

**Tabelle 2** Verteilung der Stadtbevölkerung auf innerstädtische Lagen

regionale Einbettung Bevölkerungsanteile (in %) in IRB- Stadtteilen	Osten ohne (mit) Berlin	Nordwes- ten	altindustria- lisiert ge- prägter Westen	entlang des Rheins	Süden
der Innenstadt	16,1 (16,1)	8,0	21,8	18,6	11,9
des Innenstadtrands	42,5 (39,3)	27,8	35,6	32,6	33,6
des Stadtrands	41,4 (44,6)	64,2	42,6	48,7	54,4

Quelle: Innerstädtische Raumbbeobachtung des BBSR  
Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Auf der Basis freiwilliger Kooperationsvereinbarungen werden intrakommunale Beobachtungseinheiten (Stadtteile, Ortsteile, etc.) festgelegt, ein Merkmalsprogramm abgestimmt und eine Typisierung von Stadtteilen vorgenommen (vgl. BBSR 2012 d, S. 20ff.). Unterschieden werden:

- *City, Cityrand* – zusammen *Innenstadt*,
- *Innenstadtrand* – zusammen mit Innenstadt: *Innere Stadt* und
- *Stadtrand* bzw. *Äußere Stadt* – zusammen mit Innerer Stadt: *Stadt*.

Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Raumeinheiten liegt bei rund 8 000 Menschen. Dahinter verbirgt sich allerdings eine Spannweite von 0 bis 86 768 Einwohnern pro Raumeinheit. Die rund 20,5 Mio. Einwohner in den knapp 3 000 administrativen Einheiten der 50 IRB-Städte repräsentieren gut 80 % der deutschen Großstadtbevölkerung.

Gespeist aus den kommunalen Einwohnermeldestatistiken und Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) enthält der IRB-Katalog hauptsächlich Bevölkerungsdaten. Das Merkmalsprogramm umfasst 30 Aggregatmerkmale bzw. Tabellen zu den Bereichen Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Sozialleistungen, Bauen & Wohnen, Flächennutzung und Wahlen. Zu diesen Merkmalen gehören rund 400 Variablen – unter anderem auch über die Struktur privater Haushalte, die aus den Melderegistern mittels des kommunalen Haushaltegenerierungsverfahrens (HHGen2000) abgeleitet werden.

Um die derzeitige sozialräumliche Ausprägung gesellschaftlicher Individualisierung in deutschen Großstädten zu analysieren, operationalisieren wir aus dem IRB-Katalog vier Variablen als Indikatoren. Als Bezugsgröße dient jeweils die wohnberechtigte Bevölkerung.

- Einpersonenhaushalte:  
*Anteil der Haushalte mit einer Person an den Haushalten insgesamt;*
- Alleinerziehende:  
*Anteil der Alleinerziehenden insgesamt an den Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren insgesamt;*
- SGB-II-abhängige Haushalte:  
*Anteil der Bedarfsgemeinschaften insgesamt an den Haushalten insgesamt;*
- SGB-II-abhängige Haushalte Alleinerziehender:  
*Anteil der alleinerziehenden erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an den Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren insgesamt.*

## **2. Individualisierungs-Indikatoren: Einpersonenhaushalte und Alleinerziehende**

Der sinkende Stellenwert familiärer Bindungen und die zunehmende Bedeutung beruflicher Mobilität haben hinsichtlich der Lebensformen zum Verschwinden der Mehrgenerationenhaushalte und generell sinkenden Haushaltsgrößen, zu verschiedenen Formen von Lebenspartnerschaften und schwindender Bedeutung der Ehe, zu niedrigen Geburtenraten und in der Fol-

ge all dessen zu veränderten Wohnformen geführt. Für den (städtischen) Wohnungsmarkt geht dies auf der Nachfrageseite mit einer nach wie vor stark steigenden Zahl von Einpersonenhaushalten und einer leicht steigenden Zahl von Haushalten alleinerziehender Eltern<sup>1</sup> einher – was sich unter anderem in steigenden Pro-Kopf-Wohnflächen und trotz allgemeinen Bevölkerungsrückgangs vor allem in vielen größeren Städten in zusätzlichem Bedarf an neuem Wohnraum ausdrückt. Diskussionen in den Themenfeldern Demografie oder Wohnungswesen nennen das Alleinwohnen als besondere Materialisierung von Individualisierung auch Singularisierung. Diesen Sprachgebrauch übernehmen wir hier.

Für die Bundesrepublik insgesamt sind Lebensformen der Bevölkerung auf Grundlage des Mikrozensus abzuleiten (destatis 2011). Derzeit lebt in Deutschland in gut 40 % aller Haushalte nur eine Person. 1991 betrug der Anteil der Einpersonenhaushalte noch 33,6 %. Differenziert nach Bundesländern haben von den Flächenländern Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Saarland mit je 36 % den vergleichsweise niedrigsten, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern mit je 40 % den höchsten Anteil – die Stadtstaaten weisen durchgängig mehr als 50 % Einpersonenhaushalte auf (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011, S. 31). Um diese Haushaltsform hinsichtlich ihrer Anforderungen an Wohnung, Wohngebiet und Wohnort genauer einschätzen zu können, bedarf es eines Blicks in die differenzierenden Aufstellungen des Mikrozensus. Wir stellen hier in Tabelle 3 einige zentrale Merkmale getrennt für West- und Ostdeutschland (Ost einschließlich Berlin) zusammen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Die Zahl der Einpersonenhaushalte hat zwischen 2000 und 2010 von 13,204 auf 15,718 Millionen – d. h. von 35,3 % auf 39,6 % aller Privathaushalte am Hauptwohnsitz – zugenommen. Alleinerziehendenhaushalte mit minderjährigen Kindern haben in derselben Zeitspanne von 2,311 auf 2,655 Millionen – d. h. von 6,2 % auf 6,7 % – zugenommen (Statistisches Bundesamt 2011).

<sup>2</sup> Die Definitionen im Mikrozensus unterscheiden sich von den von uns hier verwendeten. Im Mikrozensus sind „Alleinstehende (all die) Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/-in und ohne ledige Kinder in einem Haushalt leben. Unbedeutsam ist hierbei der Familienstand der alleinstehenden Person. So können Alleinstehende als ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Personen in Ein- oder Mehrpersonenhaushalten wohnen. Sie können sich den Haushalt mit ausschließlich familienfremden Personen (Nichtverwandten) teilen, beispielsweise in einer Studenten-Wohngemeinschaft oder mit einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie in einem Haushalt mit (nicht geradlinig beziehungsweise seiten-) verwandten Haushaltsmitgliedern leben, beispielsweise Onkel, Tante, Bruder, Schwester, Cousin oder Cousine. Alleinstehende in Einpersonenhaushalten werden als Alleinlebende bezeichnet.“ (destatis 2011, S. 9) Wir verwenden hier weder den Begriff der Alleinstehenden noch den der Alleinlebenden, sondern sprechen von Alleinwohnenden – synonym zu Personen in Einpersonenhaushalten. Wir bevorzugen diese Bezeichnung, da Alleinwohnende durchaus in Partnerschaften (LAT = living apart together) oder mit regen Kontakten zu Familienmitgliedern und Freund\_innen leben können und insofern nicht notwendig alleine – im Sinne von isoliert – leben.

Tabelle 3 Merkmale von Einpersonenhaushalten 2010

Deutschland		westdeutsche Bundesländer	ostdeutsche Bundesländer
40 301 000	Privathaushalte am Ort der Hauptwohnung und der Nebenwohnung	31 667 000	8 634 000
16 195 000	Einpersonenhaushalte am Ort der Hauptwohnung und der Nebenwohnung	12 474 000	3 721 000
15 718 000	Einpersonenhaushalte am Ort der Hauptwohnung	12 066 000	3 651 000
von allen Einpersonenhaushalte am Ort der Hauptwohnung sind in %			
22,3	in Großstädten > 500 000 E	17,8	37,3
42,3	in Großstädten > 100 000 E	40,6	48,1
46,5	Männer	46,1	48,0
53,5	Frauen	53,9	52,0
7,5	im Alter unter 25 Jahre	7,2	8,5
57,5	im Alter von 25 bis unter 65 Jahre	57,5	57,8
34,9	im Alter von 65 Jahren und älter	35,3	33,7
48,7	Erwerbstätige	49,7	45,5
5,7	Erwerbslose	4,7	8,9
27,1	bis 900 € monatliches Nettoeinkommen angegeben	24,3	36,4
14,3	ab 2 000 € monatliches Nettoeinkommen angegeben	16,4	7,5

Quelle: Mikrozensus nach destatis 2011

Etwas anders stellen sich die Verhältnisse dar, wenn statt aus der Perspektive der Haushalte aus der der Gesamtbevölkerung geschaut wird. Dann nimmt Hannover mit 33 % den Spitzenplatz vor Berlin ein, wo 31 % der Stadtbevölkerung alleine wohnen. Diese Anteile verweisen auf die Verteilung der Ein-Personen-Haushalte zwischen Stadt und Land: In Städten mit mindestens 500 000 Einwohnern wohnen etwa 29 %, in Landgemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern hingegen nur 14 % der Bevölkerung allein.

Geschlechtstypische Unterschiede finden sich altersgruppenspezifisch. So sind 49,4 % der alleinwohnenden Frauen 65 Jahre und älter – aber nur 18,3 % der alleinwohnenden Männer. Umgekehrt verhält es sich für die Altersgruppe der 25- bis 54-Jährigen: 61,8 % der alleinwohnenden Männer zählen zu dieser Altersgruppe, aber nur 31,3 % der alleinwohnenden Frauen. In die-

sen Genusgruppenverhältnissen bilden sich zum einen die höhere Lebenserwartung von Frauen und ein Bindungsverhalten ab, wo bei heterosexuellen Paaren meist der Mann älter als die Frau ist. Zum anderen bildet sich in der für Elternschaft spezifischen Altersgruppe ab, dass deutlich mehr Mütter als Väter alleinerziehend mit ihren Kindern zusammen leben. Singularisierung trifft Frauen und Männer also – individuell gewollt oder ungewollt – in verschiedenen Lebensphasen.

Die erhöhte Unsicherheit als Negativseite der Individualisierung zeigt sich in der faktischen Armutsgefährdung Alleinwohnender. Sie sind deutlich armutsgefährdeter als Menschen, die mit Partner bzw. Partnerin oder Familie zusammenwohnen. Ihre Armutsgefährdungsquote liegt mit 30 % fast doppelt so hoch wie der für Deutschland konstatierte Durchschnitt. Einzig Alleinerziehende sind mit einer Quote von 43 % noch armutsgefährdeter. Zusätzlich führen die vergleichsweise höheren Lebenshaltungskosten Alleinwohnender dazu, dass sie seltener im Wohneigentum, sondern häufiger zur Miete wohnen. Der Anteil des Einkommens, der für das Wohnen verwendet wird, ist höher als in Mehrpersonenhaushalten: Bei Alleinwohnenden betragen die Wohnungskosten durchschnittlich 26 %, bei Haushalten ab zwei Personen maximal 20 % des Einkommens.

„Alleinerziehende Mütter und Väter gehören zunehmend zum Alltag. Im Jahr 2009 gab es in Deutschland insgesamt (...) 1,6 Mill. alleinerziehende Mütter und Väter, die mindestens ein im Haushalt lebendes, minderjähriges Kind betreuten. 2009 gab es rund 12 % mehr alleinerziehende Mütter und Väter als vor zehn Jahren“ (destatis 2011, S. 28). Im Mikrozensus gelten alle Personen als alleinerziehend, „die ohne Ehe- oder Lebenspartner/-in mit minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben“, um damit den „alltäglichen Lebens- und Haushaltszusammenhang“ zu betonen (ebd.). Von den so definierten 2,655 Millionen Alleinerziehenden leben nur 1,575 Millionen (59,3 %) mit einem bis vier minderjährigen Kind(ern) im Haushalt. Zum Überblick sind wiederum zentrale Merkmale von Alleinerziehendenhaushalten laut Mikrozensus in Tabelle 4 zusammengestellt.

Als Indikator für Individualisierung sind unseres Erachtens die Einelternfamilien mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen geeigneter, da sie den Risiken der heutigen Gesellschaft deutlich stärker ausgesetzt sind als Einelternfamilien mit bereits erwachsenen Nachkommen. Daher weisen wir ergänzend die Zahl minderjähriger Kinder und Jugendlichen, die in Einelternfamilien leben, aus: Im Jahr 2010 leben 16,8 % aller Minderjährigen im Familienhaushalt mit nur einem Elternteil – im Jahr 2000 waren es 13,5 %. Daran wird deut-



lich, dass zunehmend mehr Kinder und Jugendliche von den Risiken der Individualisierung betroffen sind. 2010 leben 8,7 % dieser Kinder und Jugendlichen bei ihrem alleinerziehenden Vater – 2000 waren es 11,2 %. Dies wiederum zeigt, dass relativ mehr Frauen als Männer die alltäglichen Mühen dieser Art von Individualisierung tragen.

**Tabelle 4** Merkmale von Alleinerziehendenhaushalten 2010

Deutschland		westdeutsche Bundesländer	ostdeutsche Bundesländer
2.655.000 (1.575.000) <sup>3</sup>	Alleinerziehende laut Mikrozensus	2.037.000	618.000
von diesen in %			
17,5 (18,9)	in Großstädten > 500 000 E	13,7	30,0
34,5 (37,1)	in Großstädten > 100 000 E	32,8	40,1
13,7 (9,9)	Männer	14,2	11,8
86,3 (90,1)	Frauen	85,8	88,2
3,3	im Alter unter 25 Jahre	3,0	4,5
74,1	im Alter von 25 bis unter 55 Jahre	72,9	78,0
25,5	ledig	21,4	39,3
63,7	Erwerbstätige	64,3	61,7
8,4	Erwerbslose	7,0	12,9
29,4 (38,6)	bis 1 300 € monatliches Nettoeinkommen angegeben	26,3	39,3

2.202.000	unter 18-Jährige in Einelternefamilien	1.698.000	504.000
von diesen in %			
8,7	im Haushalt des Vaters	9,2	7,1
91,3	im Haushalt der Mutter	90,8	93,9

1,27	durchschnittliche Zahl der unter 18-jährigen Kinder je alleinerziehenden Vater	1,28	1,22
1,41	durchschnittliche Zahl der unter 18-jährigen Kinder je alleinerziehender Mutter	1,42	1,38

Quelle: Mikrozensus nach destatis 2011

<sup>3</sup> Soweit aus den Veröffentlichungen zum Mikrozensus ersichtlich fügen wir in Klammern die Zahlen für Einelternefamilien mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen an.

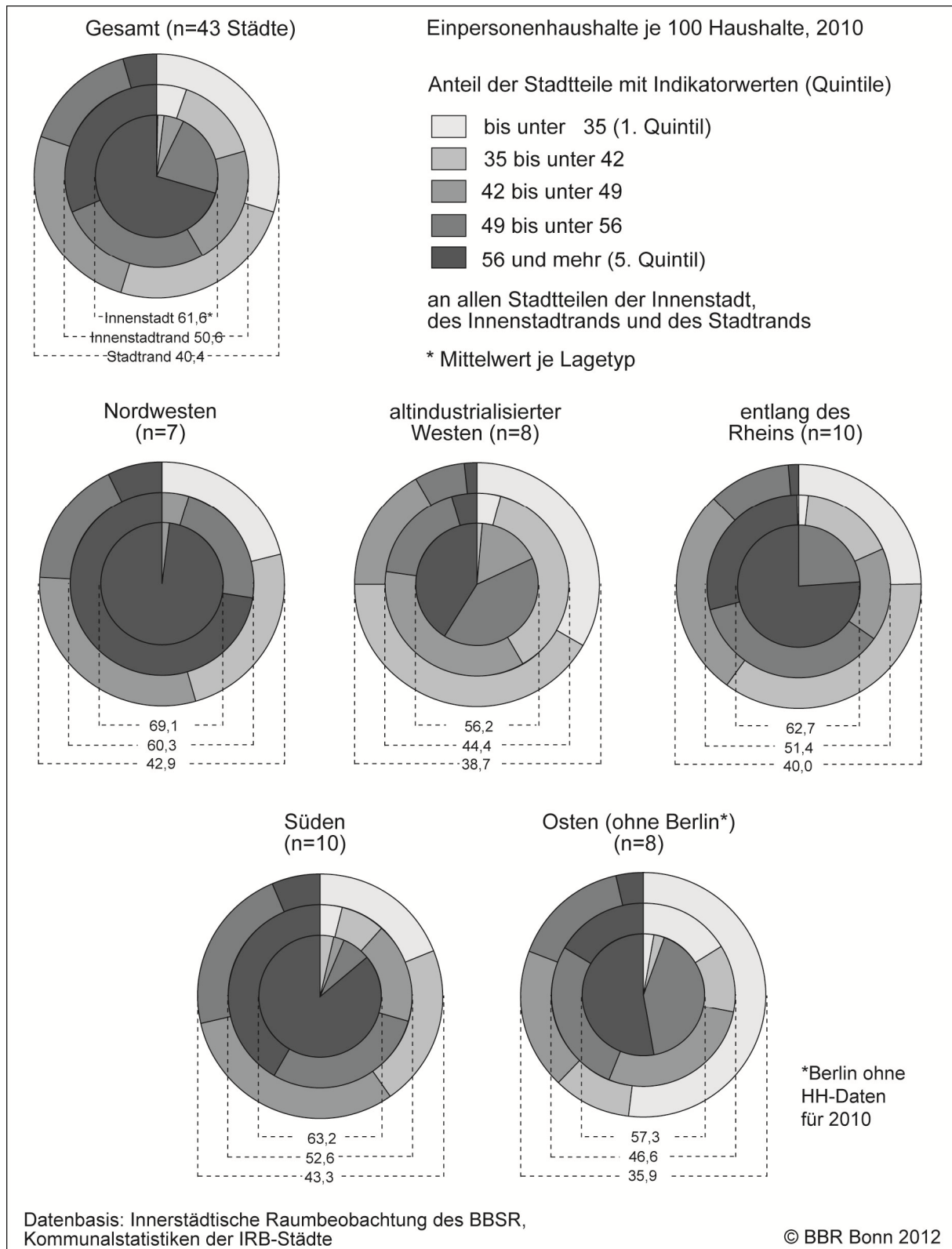
### **3. Einpersonenhaushalte und Alleinerziehende in IRB-Städten**

Sind laut Mikrozensus bundesweit von allen Privathaushalten rund 40 % Einpersonenhaushalte, so weist die Haushaltegenerierung auf Grundlage der kommunalen Melderegister für die IRB-Städte durchschnittlich 45,9 % Einpersonenhaushalte aus. Differenziert nach innerstädtischer Lage sind es in den Innenstadtlagen 61,6 %, in Innenstadtrandlagen 50,6 % und in Stadtrandgebieten 40,4 %. Die Haushaltezusammensetzung in Wohnlagen des großstädtischen Stadtrandes entspricht also etwa dem Bundesdurchschnitt, während auf Grundlage der Haushaltestruktur anzunehmen ist, dass Wohnlagen der Inneren Stadt stärker durch Individualisierung geprägt sind.

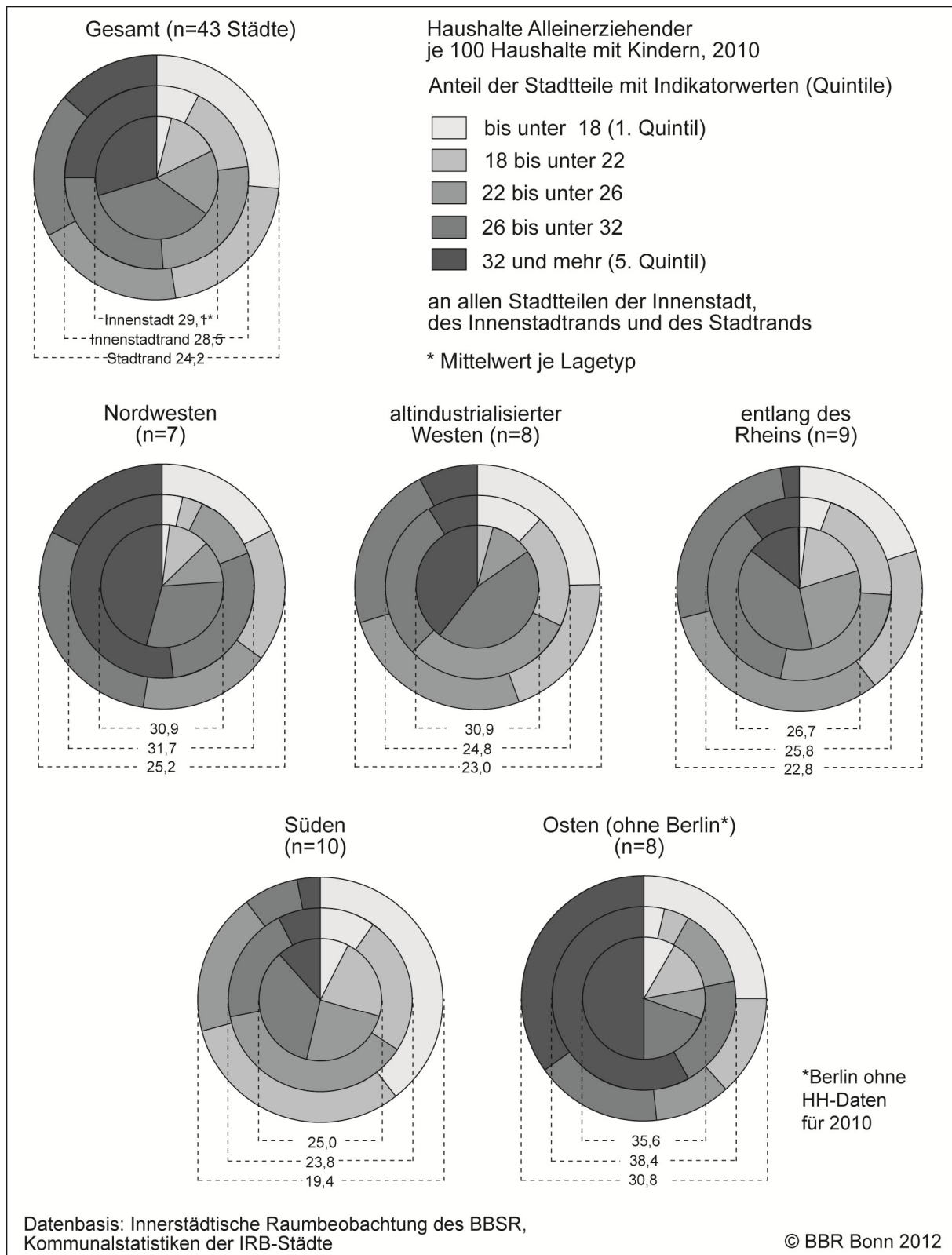
Über diese grundsätzliche Aussage hinaus zeigen die IRB-Städte regional unterschiedliche Ausprägungen, die in Abbildung 1 dargestellt sind. Mit durchschnittlich nur 40,5 % Einpersonenhaushalten zeigen die ostdeutschen Großstädte ohne Berlin derzeit die geringste Singularisierung, gefolgt von den altindustriell geprägten Städten, die 43,7 % Einpersonenhaushalte aufweisen. Dass die IRB-Städte im Nordwesten der Republik mit durchschnittlich 49,8 % Einpersonenhaushalten den höchsten Anteil aufweisen, entspricht der amtlichen Statistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Im Hinblick auf Singularisierung ist also festzustellen, dass die ostdeutschen und die altindustrialisiert geprägten Großstädte vergleichsweise stärker durch familiäre Lebensformen geprägt scheinen.

Nehmen wir den zweiten Individualisierungs-Indikator in den Blick, so haben in den IRB-Städten die Einelternfamilien einen Anteil von 25,9 % an allen Haushalten mit minderjährigen Kindern. Laut Mikrozensus liegt bundesweit dieser Anteil bei 19,4 %. Differenziert nach innerstädtischer Lage beträgt dieser Anteil in den Innenstadtlagen 29,1 %, in Innenstadtrandlagen 28,5 % und in Stadtrandgebieten 24,2 %. Diese stark individualisierte Lebensform ist demnach deutlich häufiger in Großstädten zu finden als andernorts, worauf bereits die Mikrozensusdaten verwiesen. Wie wichtig für Einelternhaushalte eine gute Infrastrukturausstattung im Wohngebiet ist, zeigen regelmäßig die Analysen der BBSR-Bevölkerungsbefragung (z B. BBR 2008, S. 44f.). Innerhalb der administrativen Grenzen der Städte bieten Wohngebiete der Inneren Stadt geeignetere Infrastrukturausstattungen und günstigere Wegebeziehungen für Alleinerziehende.

**Abbildung 1** Verteilung der Einpersonenhaushalte für IRB-Städte nach innerstädtischer Lage und nach regionaler Einbettung, 2010



**Abbildung 2** Verteilung der Haushalte Alleinerziehender mit Minderjährigen für IRB-Städte nach innerstädtischer Lage und nach regionaler Einbettung, 2010



Schauen wir weiter nach einer möglichen regionalen Differenzierung. Da weisen die Großstädte Bayerns und Baden-Württembergs mit 21,4 % den niedrigsten Anteil von Alleinerziehenden an allen Familien mit minderjährigen Kindern auf. Der höchste Anteil ist mit durchschnittlich 33,2 % in den ostdeutschen Großstädten (ohne Berlin) zu finden, gefolgt von den nordwestdeutschen Großstädten mit 27,3 %. In dieser Lebensform scheint sich fortschreitende Individualisierung nicht unkorreliert niederschlagen. Die Verteilung legt nahe, dass zumindest auch religiöse Bindungen und ein dadurch geprägtes Familienbild eine Rolle spielen.

#### **4. Armuts-Indikatoren: SGB-II-abhängige Haushalte**

Zur Modernisierung moderner Gesellschaften gehört, dass in Verbindung mit der Individualisierung das Risiko, eine lebenserhaltende Grundsicherung zu gewährleisten, aus dem Familienverband auf die einzelnen Personen übertragen worden ist. Die sozialen Gefährdungslagen sind jedoch kaum in allen Lebenslagen individuell zu meistern. Deshalb muss der moderne Staat mit einer entsprechenden Sozialgesetzgebung gegebenenfalls für Bürgerinnen und Bürger eintreten. Die letzte diesbezügliche Änderung trat in Deutschland 2005 in Kraft. Mit dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) wurden Sozial- und Arbeitslosenhilfe zusammengelegt, die zuvor unterschiedlich gehandhabt worden waren. In diesem Sinne bezeichnen wir im Weiteren SGB-II-Haushalte als armutsgefährdete Haushalte. Als Armutsindikator kann SGB-II-Bezug nur auf einen Teil armutsgefährdeter bzw. in Armut lebender Individuen oder Privathaushalte hinweisen.<sup>4</sup> Da SGB-II-Statistiken jedoch umfassend zur Verfügung stehen, ist deren Verwendung in Armuts-Indikatoren weit verbreitet.

Nehmen wir nun also den Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II in den Blick. Im Dezember 2010 leben in Deutschland laut Bundesagentur für Arbeit (BA 2011) 6,47 Millionen Menschen in Bedarfsgemeinschaften, davon 1,69 Millionen (26 %) Kinder und Jugendliche unter 15 Jahre. Da wir unsere Betrachtungen hier auf Privathaushalte konzentrieren, betrachten wir im Weiteren nicht die einzelnen Leistungsempfänger sondern die Bedarfsgemeinschaften. Im Jahr 2010 gibt es von diesen 3,47 Millio-

<sup>4</sup>

Der Leistungsbezug nach SGB II als Armutsindikator unterschätzt armutsgefährdete Haushalte insofern, als weitere Transferleistungen für Haushalte mit geringem Einkommen verfügbar sind. Hierzu zählen etwa Wohngeld und Kinderzuschlag. Des Weiteren erfasst der Indikator selbstverständlich weder die Haushalte, die zwar einen Anspruch auf SGB II-Leistungen haben, diesen jedoch nicht abrufen, noch Haushalte, die aus Alters- oder gesundheitlichen Gründen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind.

nen. Bezogen auf 40,3 Millionen Privathaushalte sind das 8,6 %. Einige Merkmale dieser Bedarfsgemeinschaften sind in Tabelle 5 aufgeführt.

Während rund 40 % aller Privathaushalte Einpersonenhaushalte sind, liegt deren Anteil an den Bedarfsgemeinschaften mit knapp 53 % erkennbar höher. Noch extremer sieht dies für die Alleinerziehendenhaushalte aus: Alleinerziehende mit mindestens einem minderjährigen Kind oder Jugendlichen im Haushalt machen knapp 4 % der Privathaushalte in Deutschland – jedoch 18 % der Bedarfsgemeinschaften aus. Dieser empirische Befund stützt bundesweit gesehen das theoretische Konstrukt der Arbeitsmarkt-Individualisierung (Beck/ Beck-Gernsheim 1993), das nahelegt, dass Individualisierung mit deutlich höheren ökonomischen Unsicherheiten und Risiken einhergeht und sich dadurch soziale Ungleichheiten verschärfen.

*Tabelle 5* Merkmale von Bedarfsgemeinschaften Dezember 2010

Deutschland		westdeutsche Bundesländer	ostdeutsche Bundesländer
3.469.585	Anzahl der Bedarfsgemeinschaften	2.295.181	1.174.404
davon sind in %			
52,7	Einpersonenhaushalte	51,1	55,9
18,0	Alleinerziehendenhaushalte mit minderjährigen Kindern	19,3	15,6
11,0	Alleinerziehendenhaushalte mit einem minderjährigen Kind	11,5	10,1
26,8	Haushalte von Ehepaaren / Lebensgemeinschaften	27,2	26,0
11,8	Paarhaushalte ohne minderjährige Kinder	11,0	13,2
6,3	Paarhaushalte mit einem minderjährigen Kind	6,4	6,1

Quelle: BA Statistik 2011

Differenziert nach Bundesländern sind die höchsten Anteile von Alleinerziehenden an allen Bedarfsgemeinschaften in den beiden süddeutschen Bundesländern Bayern (21,2 %) und Baden-Württemberg (20,8 %) zu finden. Dort liegt der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II an der Bevölkerung bis unter 65 Jahre – aufgrund eines günstigen Arbeitsplatzangebots – mit weniger als 5 % vergleichsweise am niedrigsten. Der Risikogruppe der Alleinerziehenden sticht unter diesen besonders hervor, da sie zur Absicherung ihrer Lebensgrundlage mehr als nur ein umfangreiches Arbeitsplatzangebot braucht – es kommt zusätzlich auf die Entfernung zwi-

schen Wohn- und Arbeitsort und gutes ÖPNV-Netz, auf die Kernarbeitszeiten bzw. die Möglichkeiten der Telearbeit oder auf das Vorhandensein und die Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen an.<sup>5</sup>

Die vergleichsweise niedrigsten Anteile Alleinerziehender an allen Bedarfsgemeinschaften weisen Berlin (15,1 %) und die ostdeutschen Bundesländer (15,5 bis 17,4 %) auf. Dort liegen allerdings die Anteile der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II an der Bevölkerung bis unter 65 Jahre mit mehr als 13 % vergleichsweise am höchsten. Schlechten bzw. nicht vorhandenen Arbeitsplatzangeboten steht in diesen Bundesländern eine gute Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen gegenüber.<sup>6</sup>

## 5. SGB-II-abhängige Haushalte in IRB-Städten

Bundesweit machen Bedarfsgemeinschaften nach SGB II etwa 8,6 % der Privathaushalte aus. In den IRB-Städten liegt dieser Anteil mit 10,2 % leicht höher. Differenziert nach innerstädtischer Lage sind es in den Innenstadtlagen 11,4 %, in Innenstadtrandlagen 10,8 % und in Stadtrandgebieten 9,6 %. Sofern wir als Armutsindikator SGB-II-Abhängigkeit zu Grunde legen, sind also in Wohngebieten der Inneren Stadt mehr arme Haushalte ansässig als in denen der Äußeren Stadt. Dies korrespondiert damit, dass großstädtische Haushalte im Wohneigentum eher in Wohngebieten der Äußeren Stadt leben, die meist erst in den vergangenen 60 Jahren entstanden sind oder eingemeindet wurden.

Abhängig von der regionalen Wirtschaftslage zeigen die IRB-Städte ihrem Umfeld entsprechend sehr unterschiedliche Ausprägungen hinsichtlich des Anteils von Bedarfsgemeinschaften an allen städtischen Haushalten (Abb. 3). Mit durchschnittlich nur 7,4 % Bedarfsgemeinschaften zeigen die süddeutschen Großstädte derzeit den geringsten Anteil armutsgefährdeter Haushalte gemäß SGB II. Den höchsten Anteil weisen mit 12,6 % die altindustriell ge-

<sup>5</sup> In den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg lag 2009 der Anteil der unter 6-Jährigen mit 5,2 % über dem Bundesdurchschnitt von 5 %. Die Betreuungsquoten von Kleinkindern bis unter 3 Jahre lagen mit 15,7 bzw. 15,9 % unter dem Bundesdurchschnitt von 20,3 %. Ganztagsbetreuung stand gar nur für 3,9 bzw. 4 % der unter 3-Jährigen zur Verfügung (Bundesdurchschnitt: 9,9 %). Eine Ganztagsbetreuung für Vorschulkinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahre gab es 2009 für 21,9 bzw. 11,8 % der Kinder dieser Altersgruppe im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 30,3 % (BBSR 2012 c).

<sup>6</sup> In den ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin lag 2009 der Anteil der unter 6-Jährigen zwischen 4,4 und 5,2 %. Die Betreuungsquoten von Kleinkindern bis unter 3 Jahre lagen mit Anteilen zwischen 40,3 und 54,7 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 20,3 %. Ganztagsbetreuung stand für 23,7 bis 36,3 % der unter 3-Jährigen zur Verfügung (Bundesdurchschnitt: 9,9 %). Eine Ganztagsbetreuung für Vorschulkinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahre gab es 2009 für Anteile zwischen 52,8 und 86,9 % der Kinder dieser Altersgruppe (Bundesdurchschnitt: 30,3 %) (BBSR 2012 c).

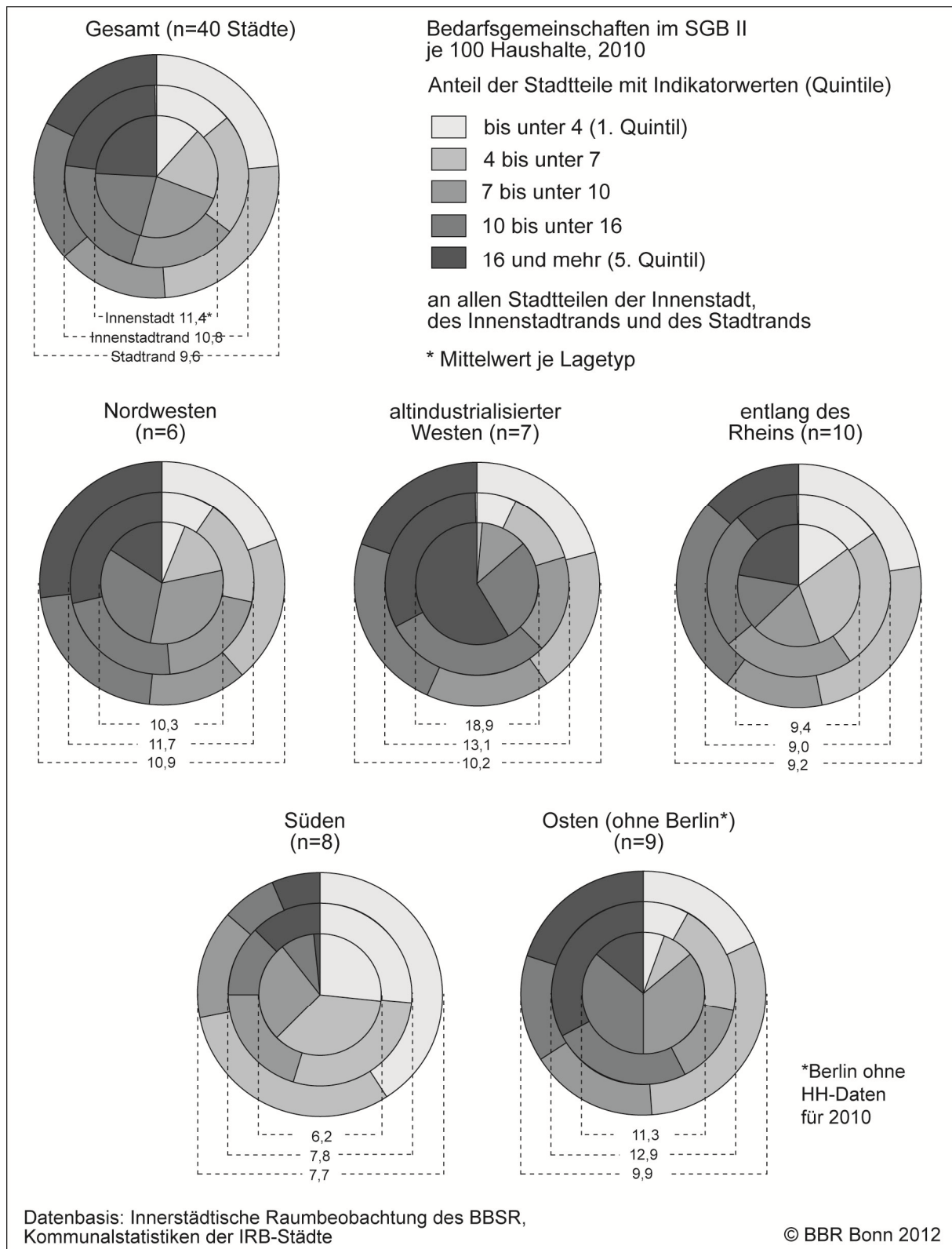
prägten Großstädte auf, gefolgt von den nordwestdeutschen Städten mit 11,1 % und den ostdeutschen Städten mit 10,8 %. Dies zeigt auf der Individualebene, wie unterschiedlich gut bzw. schlecht die Lebenschancen in verschiedenen Städten verteilt sind, und auf der kommunalen Ebene, wie unterschiedlich viel oder wenig finanziellen und planerischen Aufwand Städte haben, für ihre Bevölkerung eine überlebensnotwendige Grundversorgung zur Verfügung zu stellen.

Die Differenzierung nach regionaler Einbettung und nach innerstädtischer Lage zeigt zudem, dass die Wohngebiete mit armutsgefährdeten Haushalten in recht unterschiedlichen Lagen zu finden sind. So weist die Mehrheit der innenstädtischen Stadtteile der großen altindustriell geprägten Ruhrgebietsstädte einen hohen Anteil von Bedarfsgemeinschaften auf. Dort handelt es sich nahezu durchgängig um im Krieg stark zerstörte Wohngebiete, die Ende der 1940er und in den 1950er Jahren wieder aufgebaut wurden. Sofern diese in der Zwischenzeit nicht für Nachnutzungen abgerissen wurden, zeigen sie mehrheitlich deutlichen Sanierungsbedarf und bieten zugleich günstige Mietpreise. In den ostdeutschen Großstädten leben Bedarfsgemeinschaften hingegen am häufigsten in Wohngebieten des Innenstadtrandes. Dabei handelt es sich mehrheitlich entweder um gründerzeitliche Baustrukturen, die erst zum Teil bzw. teilsaniert sind, oder um nach der Wende sanierte Plattenbausiedlungen, die gleichwohl ihre finanziell potentere Bewohnerschaft verloren haben.

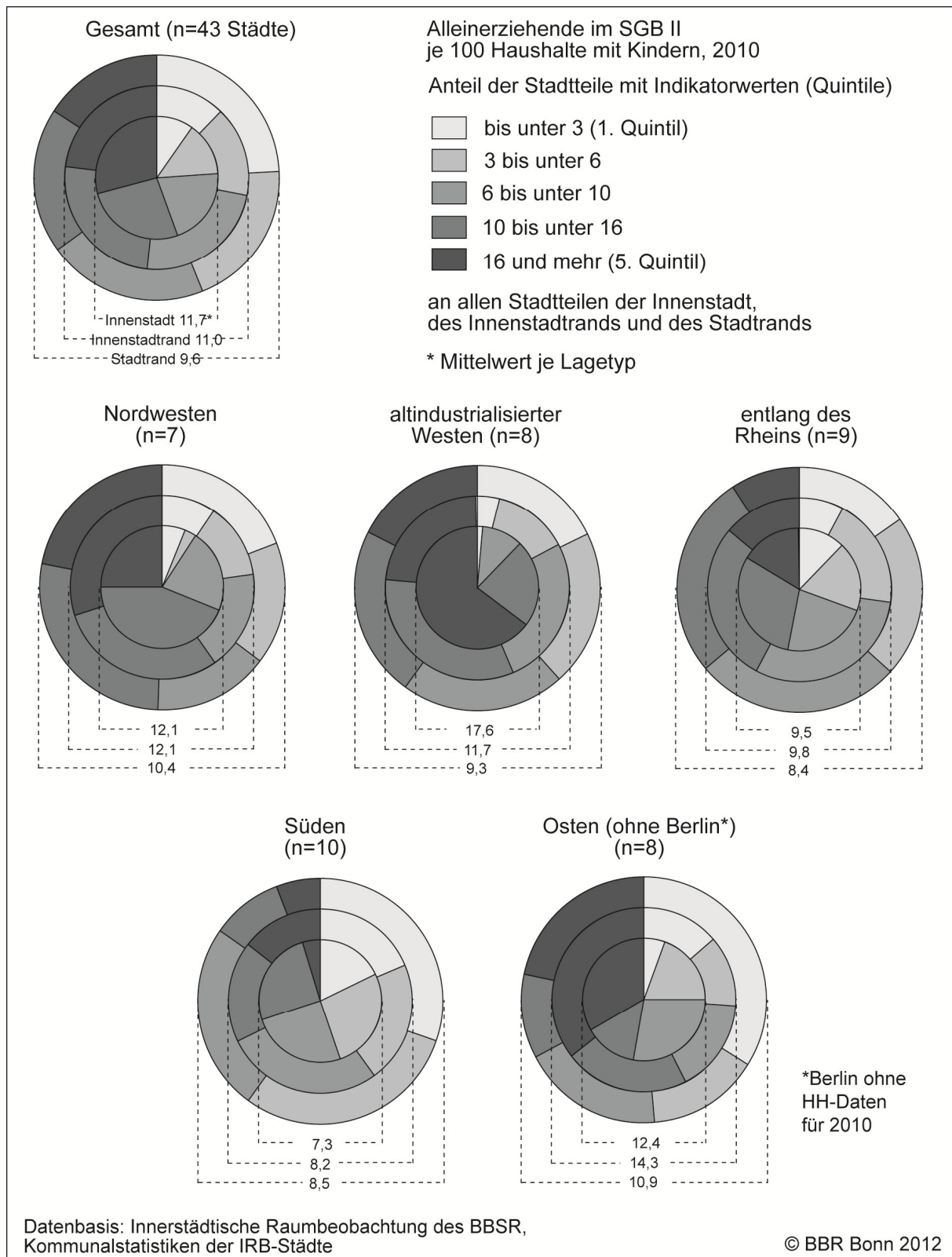
Schauen wir nun noch auf die Alleinerziehenden mit Leistungen nach SGB II und ihren Anteil an allen Familienhaushalten mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen in IRB-Städten. 2010 gibt es bundesweit 8,12 Millionen Familienhaushalten mit Minderjährigen. Die rund 626 000 Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen haben daran einen Anteil von 7,7 %. In den IRB-Städten liegt deren Anteil mit 10,2 % höher. Differenziert nach innerstädtischer Wohnlage sind in der Innenstadt 11,7 %, in Innenstadtrandlagen 11,0 % und in Stadtrandlagen 9,6 % aller Familienhaushalte Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden. Selbst in den Stadtrandlagen der Großstädte leben also mehr Alleinerziehendenhaushalte armutsgefährdet als im Durchschnitt aller anderen Siedlungsformen.



**Abbildung 3** Verteilung der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II für IRB-Städte nach innerstädtischer Lage und nach regionaler Einbettung, 2010



**Abbildung 4** Verteilung der Alleinerziehenden mit Leistungen nach SGB II für IRB-Städte nach innerstädtischer Lage und nach regionaler Einbettung, 2010



Auch hier sei noch ein Blick auf mögliche Unterschiede infolge der regionalen Einbettung der Städte gerichtet. In den ostdeutschen IRB-Städten haben die SGB-II-abhängigen Alleinerziehendenhaushalte einen Anteil von 11,9 % an allen Familienhaushalten mit Minderjährigen. In den Städten Bayerns und Baden-Württembergs sind es am anderen Ende des Spektrums 8,2 %. Von den Durchschnittswerten ausgehend scheint es bezüglich dieses Indikators die geringste interkommunale Differenzierung zu geben und auch die innerstädtischen Lagen zeigen eher geringe Unterschiede.

## **6. Trennungen und Verknüpfungen**

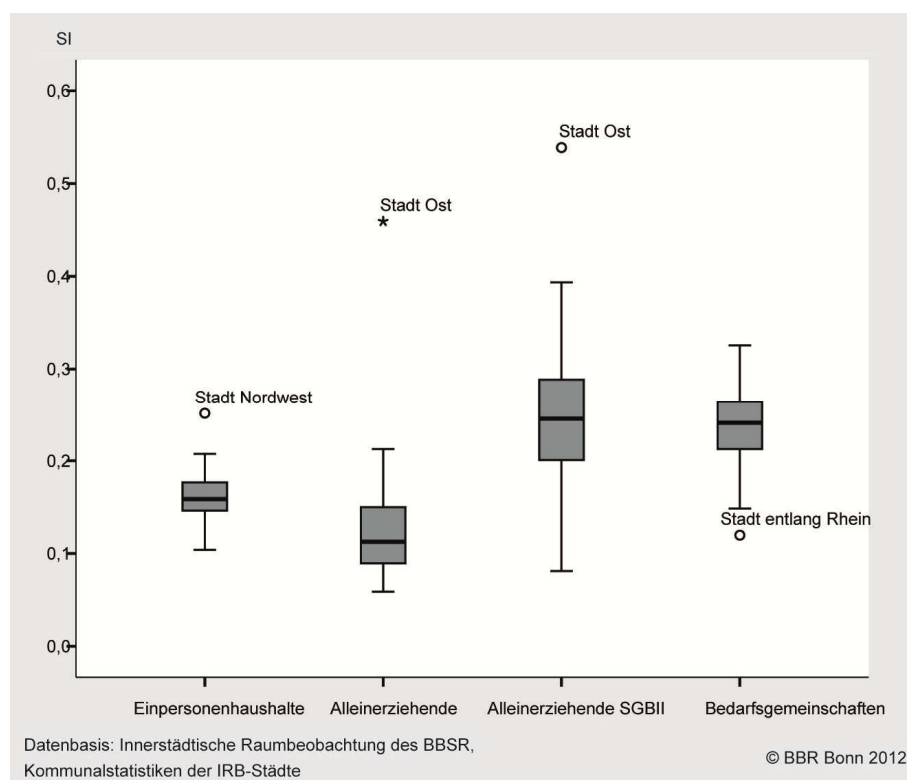
Vergleichen wir abschließend noch einmal alle Befunde für die zuvor vorgestellten vier Indikatoren, die Hinweise auf den Stand des Individualisierungsprozesses in deutschen Großstädten geben können. Zunächst ist festzustellen, die alle vier betrachteten Haushaltstypen in großen Städten häufiger als in anderen Siedlungsformen anzutreffen sind. Dies bestätigt die These, dass Städte Vorreiter in Prozessen gesellschaftlichen Wandels sind.

Zugleich gibt es deutliche Unterschiede zwischen den analysierten IRB-Städten. Zum Überblick werden die Städte nicht einzeln, sondern in regionalen Städtegruppen dargestellt. Die Zuordnung wurde nach Plausibilitätsgründen vorgenommen: Für Deutschland können wachsende wie schrumpfende, ökonomisch starke wie schwache Regionen ausgewiesen werden. Die zugehörigen Dynamiken wirken selbstverständlich auch auf die in die Regionen eingebundenen Städte bzw. werden umgekehrt von diesen gefördert. Eine Fokussierung der Städtegruppen lässt für die nordwestdeutschen Großstädte einen weit fortgeschrittenen Individualisierungsprozess annehmen: Die Singularisierung in Form von Einpersonenhaushalten ist am höchsten, die Auflösung traditioneller Familienbeziehungen zeigt sich in einem sehr hohen Anteil von Alleinerziehenden und die großstadttypischen Anteile der SGB-II-abhängigen Haushalte verweisen auf die Risiken der Arbeitsmarkt-Individualisierung, ohne dass die Region wirtschaftlich als übermäßig gefährdet gilt. Für die Städte in allen anderen Regionen ist das Bild widersprüchlicher, was an unterschiedliche Einflussfaktoren denken lässt.

Darüber hinaus erlaubt es der IRB-Katalog, Unterschiede in die Städte hinein zu verfolgen. Zusätzlich zu den bereits betrachteten Verteilungen der Indikatorwerte für die drei innerstädtischen Lagen wollen wir nun noch kurz einen Blick auf die residenzielle Segregation der vier Haushaltsformen – also deren Ungleichverteilung auf Wohnstandorte – in den IRB-Städten werfen (vgl.

auch difu 2012). Dafür wählen wir den Segregationsindex IS nach Duncan & Duncan, der als statistisches Maß weite Verbreitung gefunden hat. Er misst die Verteilung einer Bevölkerungsgruppe im Vergleich zur restlichen Bevölkerung über alle Stadtteile hinweg. Der Wert kann interpretiert werden als das Ausmaß (in %), in dem die Mitglieder der segregierten Gruppe umziehen müssten, damit es zu einer Gleichverteilung kommt – was nicht heißt, dass eine solche Gleichverteilung erstrebenswert ist. Je höher der Wert ist, umso größer ist die Segregation. Die Höhe des Index ist allerdings vom Merkmal, von der Größe der betrachteten Gruppe sowie vom Zuschnitt der Bezugseinheiten abhängig! Da die IRB-Städte sehr unterschiedliche Stadtteilzuschnitte aufweisen, ist ein Vergleich zwischen den Städten nur sehr begrenzt sinnvoll. Wenig problematisch ist hingegen ein Vergleich über die Zeit oder ein Vergleich zwischen Indikatoren, da dabei der Einfluss der unterschiedlich großen Stadtteile auf den Index gleich bleibt.

**Abbildung 5** Verteilungen der Segregationsindizes IS nach Duncan & Duncan für 38 IRB-Städte als Boxplot (in der Box die mittleren 17 Werte), 2010



Obwohl die Verteilungen für die beiden Individualisierungs-Indikatoren Einpersonenhaushalte und Alleinerziehendenhaushalte zeigen, dass diese Haushaltsformen häufiger in Wohngebieten der Inneren Stadt anzutreffen sind, zeigen die Segregationsindizes für diese Haushalte in den IRB-Städten sehr niedrige Werte. Für Einpersonenhaushalte liegt die Spannbreite des IS zwi-

schen .10 und .25 mit einem Median bei .16. Für Alleinerziehendenhaushalte liegt die Spannbreite des IS zwischen .06 und .46 mit einem Median bei .11. Das lässt den Schluss zu, dass diese Haushaltstypen als Vorreiter des Individualisierungsprozesses so normal für großstädtisches Leben sind, dass sie zwar die Nähe zu Infrastruktureinrichtungen der Inneren Stadt bevorzugen, aber ansonsten über das jeweilige Stadtgebiet hinweg mehr oder weniger überall zu finden sind. Bei einer Differenzierung der IRB-Städte nach regionaler Einbettung fällt auf, dass gerade die ostdeutschen Städte, in denen die relativ meisten Alleinerziehenden leben, für diese die vergleichsweise höheren IS-Werte (Spannbreite .15 bis .46 mit Median bei .17) aufweisen.

Sobald sich individualisierte Lebensformen mit prekären Lebensbedingungen verknüpfen, die in modernen Großstädten häufiger als andernorts anzutreffen sind, differenzieren sich die Wohngebiete stärker aus: Die Indizes für residenzielle Segregation liegen höher, ohne für die Gesamtheit der Städte bereits auf starke Konzentrationen armer Bevölkerung hinzuweisen. Für Bedarfsgemeinschaft insgesamt liegt die Spannbreite des IS zwischen .12 und .33 mit einem Median bei .24. Für SGB-II-abhängige Alleinerziehendenhaushalte liegt die Spannbreite des IS zwischen .08 und .54 mit einem Median bei .25. Weiter wissen wir aus früheren Analysen, dass der IS für SGB-II-Empfänger seit 2005 für alle IRB-Städtegruppen zwar nur leicht, aber stetig zugenommen hat (BBSR 2012 e, S. 7). Für 2010 fällt wiederum auf, dass die ostdeutschen Städte für die Bedarfsgemeinschaften der Alleinerziehenden die vergleichsweise höheren IS-Werte (Spannbreite .28 bis .54 mit Median bei .35) aufweisen.

Um letzteres Ergebnis zu kontextualisieren, fallen andere empirische Befunde (alle nachfolgenden Angaben aus BBSR 2012 c) ein, die auf ein spezifisch ostdeutsches Genusgruppenverhältnis verweisen. Nach der deutschen Einheit sind insbesondere viele gut ausgebildete jüngere Frauen gen Westen abgewandert. Dies hat zur Folge, dass in Ostdeutschland vor allem außerhalb der Großstädte der Frauenanteil insgesamt unter den Bundesdurchschnitt gesunken ist. Bei den Bildungswanderungen der 18- bis 24-Jährigen weisen auch 2010 die ostdeutschen Flächenländer bei den Frauen Wanderungsverluste zwischen 45,5 % (Brandenburg) und 1,4 % (Sachsen) auf, während bei den Männern für Sachsen leichte Wanderungsgewinne in Höhe von 0,9 % und ansonsten ebenfalls Wanderungsverluste bis zu 36,1 % (Brandenburg) festzustellen sind. Der Stadtstaat Berlin hingegen weist in dieser Altersgruppe Wanderungsgewinne bei den Frauen von 47,2 % und bei den Männern von 35,2 % auf – auch andere ostdeutsche Großstädte haben sich zum Wande-

rungsziel junger Erwachsener aus dem Umland entwickelt. In der Folge nahm zwischen 2004 und 2010 die Anzahl der 18- bis 24-Jährigen in Ostdeutschland insgesamt um 16,8 %, in ostdeutschen Großstädten jedoch nur um 3,4 % ab. Dass junge Frauen stärker als junge Männer ihre Zukunft in einer Großstadt suchen, zeigt sich nicht nur in West-, sondern auch in Ostdeutschland: Bundesweit betrug 2010 der Anteil der 18- bis 24-jährigen Frauen an ihrer Altersgruppe 48,9 %, in Ostdeutschland 48,1 % – in ostdeutschen Großstädten einschließlich Berlin 51,2 %, in westdeutschen Großstädten 51,1 %, in Landgemeinden hingegen 44 % bzw. 47,1 %. Diese Wandlungsmuster lassen seitens der jungen Erwachsenen auf eine aktive Einflussnahme auf die eigenen Lebensperspektiven schließen. Ein anderer Befund weist allerdings auf massive Probleme mit der Gestaltung der persönlichen Zukunft hin: der überproportional hohe Anteil von Teenager-Müttern in Ostdeutschland (BBSR 2012 b, S. 46f.)<sup>7</sup>. Während bundesweit der Anteil von Teenager-Müttern während des vergangenen Jahrzehnts auf durchschnittlich 9,8 % der 15- bis 19-jährigen Frauen abgenommen hat, ist er in Ostdeutschland auf 15,9 % gestiegen, wobei die Quote in den Großstädten mit 15,5 % im Vergleich zu ländlicheren Gemeindetypen geringfügig niedriger ist.

Vor diesem Hintergrund lassen auch die hohen Anteile Alleinerziehender in ostdeutschen Städten vermuten, dass bei der dortigen vergleichsweise schwierigen Arbeitsmarktlage auch viele Stadt-Frauen ihr Glück in der Familie gesucht haben. Der nachholende Individualisierungsprozess lässt sie damit jedoch vermehrt allein und überproportional häufig ohne sichere Erwerbsarbeit. Mit minderjährigem Kind und ohne Partner ist die Suche nach sichereren Lebensumständen vor Ort oder ein Ortswechsel erschwert. Die niedrigen Haushaltseinkommen lassen dann nur wenig Auswahl an bezahlbaren Wohnungen in den noch nicht durchsanierten Stadtgebieten, die immer weniger werden. Damit steigt die sozialräumliche Polarisierung in ostdeutschen Städten bei gleichzeitiger Verarmung breiter Teile der ostdeutschen Bevölkerung (vgl. auch Gornig in BBSR 2012 e). So könnten die hier vorgestellten Befunde auch auf fortbestehende unterschiedliche Modernisierungsprozesse in Ost und West verweisen – was allerdings weiterer Analysen bedarf.

7

Als Teenager-Mütter werden hier junge Frauen bezeichnet, die vor ihrem 20. Geburtstag Mutter werden. Zahlreiche Studien weisen nach, dass zwischen Armut und Minderjährigen-Mutterschaft ein deutlicher Zusammenhang besteht. In wohlhabenden Industrieländern sind junge Frauen stärker gefährdet, minderjährig ein Kind zu bekommen, wenn sie einen geringen Bildungsstand haben oder einer schwierigen Familien- oder Ausbildungssituation ausgesetzt sind. Insofern scheint eine frühe Mutterschaft eine zeitweise Flucht aus einer schwierigen Lebenslage zu eröffnen. Tatsächlich erhöhen Kinder jedoch die Belastungen für die jungen Frauen bzw. jungen Paare, die in dieser Lebensphase überhaupt erst die Basis für ihr Erwachsenenleben schaffen und gestalten müssen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Individualisierung in der Materialisierung von Einpersonen- und Alleinerziehendenhaushalten in Großstädten überall und zudem häufiger dort als in anderen Gemeindetypen zu finden ist. Diese beiden Haushaltsformen kennzeichnen große Städte als Räume fortgeschrittener Modernisierung. Sie spiegeln dort die Ambivalenz der Individualisierung, da die Menschen in diesen Haushalten einerseits versuchen, mit ihrer Lebensform den Flexibilisierungsansprüchen zu genügen, und dennoch andererseits dem Armutsrisiko stärker als Menschen in traditionelleren Lebensformen ausgesetzt sind – belegt u. a. durch den hohen Anteil SGB-II-abhängiger Einpersonenhaushalte. Weiter zeigt sich vor allem an den Alleinerziehenden in ostdeutschen Großstädten, dass mit einer Verarmung des Haushalts die Gefahr der sozialräumlichen Ausgrenzung innerhalb der Stadt wächst. Die negativen Individualisierungsfolgen haben dann nicht nur die Erwachsenen, sondern auch ihre Kinder zu tragen.

## Literatur

- Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich & Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.) (1993). *Riskante Freiheiten: Zur Individualisierung der Lebensformen in der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bundesagentur für Arbeit – BA (Hg.) (2011). *Arbeitsmarkt in Zahlen: Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende – Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder, Dezember 2010*. Nürnberg: BA Statistik.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hg.) / Sturm, Gabriele (Projektleitung). (2008). *Leben in deutschen Städten*. Bonn: BBR.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung – BBSR (Hg.) / Brigitte Adam & Gabriele Sturm (Projektleitung) (2012 a). *Die Attraktivität großer Städte – ökonomisch, demografisch, kulturell*. Bonn: BBR.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung – BBSR (Hg.) / Markus Eltges (Projektleitung) (2012 b). *Lebenslagen – Lebensrisiken. Atlas zur Raum und Stadtentwicklung* (Analysen Bau.Stadt.Raum Band 7). Stuttgart: Franz Steiner.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung – BBSR (Hg.) / Helmut Janich (Projektleitung) (2012 c). *INKAR – Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung* (CD-ROM). Bonn: BBR.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung – BBSR (Hg.) / Antonia Milbert & Gesine Krischowsky (Projektleitung) (2012 d). *Raumabgrenzungen und Raumtypen des BBSR* (Analysen Bau.Stadt.Raum Band 6). Bonn: BBR.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung – BBSR (Hg.) / Gabriele Sturm & Antje Walther (Autorinnen) (2012 e). *Gespaltene Stadtgesellschaften? Konferenz am 19. Juni 2012 in Siegburg* (BBSR-Berichte KOMPAKT, 03/2012). Bonn: BBR.

- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung – BBSR (Hg.) / Markus Burgdorf (Projektleitung) (2010). *Deutschland anders sehen. Atlas zur Raum- und Stadtentwicklung* (Analysen Bau.Stadt.Raum Band 2). Bonn: BBR.
- Deutsches Institut für Urbanistik – difu (Hg.) / Jan Donke, Antje Seidel-Schulze & Hartmut Häußermann (Autor/innen) (2012). *Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklungen in deutschen Städten 2007 – 2009* (Difu-Impulse Bd. 4/2012). Berlin: difu.
- Giddens, Anthony (1996). *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. (Original 1990)
- Sennett, Richard (1998). *Der flexible Mensch*. Berlin: Berlin-Verlag.
- Sennett, Richard (2005). *Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Berlin-Verlag.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.) (2011). *Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern*. Wiesbaden: destatis.
- Statistisches Bundesamt – destatis (Hg.) (2011). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Haushalte und Familien – Ergebnisse des Mikrozensus 2010* (Fachserie 1 Reihe 3). Wiesbaden: destatis.
- Statistisches Bundesamt – destatis; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung – WZB; das Sozioökonomische Panel – SOEP – am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung – DIW (2011). *Datenreport 2011: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Sturm, Gabriele (2010 a). Alleine Wohnen – empirische Befunde zu einer weit verbreiteten Lebensform. In Darja Reuschke (Hg.), *Wohnen und Geschlecht* (S. 151-174). Wiesbaden: VS.
- Sturm, Gabriele (2010 b). Die Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR: Ein Großstadtkatalog für die Aggregatdatenanalyse. In Bernd Belina & Judith Miggelbrink (Hg.), *Hier so, dort anders. Raumbezogene Vergleiche in der Wissenschaft und anderswo* (S. 239-263). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sturm, Gabriele & Walther, Antje (2011). „Halb zog sie ihn, halb sank er hin ...“ oder: Wer wandert in Großstädte zu? In Ronny Reißmüller & Katja Schucknecht (Hg.), *Stadtgesellschaften im Wandel. Zum 60. Geburtstag von Christine Weiske* (S. 31-48). Chemnitz: Universitätsverlag.